Stand: 16.12.2025 00:40:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8679

"Entwicklungspolitische Leitsätze des Landtags"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8679 vom 26.10.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9945 des BU vom 01.12.2015
3. Beschluss des Plenums 17/10078 vom 17.02.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 17.02.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.10.2015 **Drucksache 17/8679**

Antrag

der Abgeordneten **Michael Brückner, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow, Judith Gerlach, Dr. Martin Huber, Alexander König, Dr. Franz Rieger, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU**,

Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Annette Karl, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias und **Fraktion (SPD)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Entwicklungspolitische Leitsätze des Landtags

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag wolle die von den entwicklungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem Eine Welt-Netzwerk Bayern e.V. erarbeiteten „Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtags“ beschließen:

Vorbemerkung

Die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung, ein verstärkter Klimaschutz und die wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen stellen auch den Freistaat Bayern vor große Herausforderungen. Diese können nur in gemeinsamen Anstrengungen bewältigt werden, an denen unter anderem Politik, Verwaltung, Kommunen, Schulen, Wirtschaft, Wissenschaft und die im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen kirchlichen und nichtkirchlichen Eine Welt-Akteure mitwirken.

Die folgenden entwicklungspolitischen Leitsätze bilden als Programmsätze den Orientierungs- und Werterahmen, an denen sich die bayerische Eine Welt-Politik orientiert. Sie können und sollen die politische Diskussion und das demokratische Ringen um – am Ende jeweils von Mehrheiten getragene – richtige Entscheidungen nicht vorwegnehmen. Aber sie machen deutlich, dass alle demokratischen Kräfte in Bayern Entwicklungspolitik auf einem gemeinsamen Wertefundament betreiben, auch wenn in der Tagespolitik unterschiedliche Positionen und Mehrheitsentscheidungen die Regel sind.

1. Grundsätzliches

Der Freistaat Bayern bekennt sich neben seiner Verantwortung gegenüber der eigenen Gesellschaft zu den Aufgaben, die er – gemeinschaftlich mit den anderen Akteuren der Eine Welt-Arbeit (hierzu gehören u.a. Kommunen, Schulen sowie die im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen kirchlichen und nichtkirchlichen Eine Welt-Akteure) – gegenüber der gesamten Welt zu erfüllen hat.

Die derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise in den Industrienationen bedarf eines grundsätzlichen Überdenkens hinsichtlich der Nachhaltigkeit. Die Folgen des Klimawandels werden immer deutlicher. Es bedarf eines grundlegenden Wandels hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, die zugleich ökologische Tragfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz anstrebt. Der Mensch steht dabei im Mittelpunkt.

Im Zuge der wachsenden Verflechtung von Regionen, Nationen und Kontinenten und ihrer zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit ist die Globalisierung zu einer zentralen Herausforderung unserer Zeit geworden. Es gilt, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Um Partnerländer bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, die positiven Seiten der Globalisierung zu verstärken und deren Nachteile zu reduzieren, engagiert sich der Freistaat Bayern in der Eine Welt-Politik komplementär zu den Aktivitäten der Bundesregierung, der Europäischen Union, der internationalen Organisationen, der Kommunen und mit Blick auf die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Bayerische Eine Welt-Politik ist auch ein langfristiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Bayern beteiligt sich auf Grundlage der entwicklungspolitischen Leitlinien an der Gestaltung des „Post-2015-Prozesses".

Den globalen Rahmen der bayerischen Politik bilden die Internationale Erklärung der Menschenrechte, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, das Leitziel einer weltweit nachhaltigen Entwicklung, die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen sowie die Erklärungen der Ministerpräsidenten zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder. Die Werte, auf deren Grundlage die Vereinten Nationen die Millenniumsziele verwirklichen wollen – Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz, Achtung vor der Natur, gemeinsam getragene Verantwortung – macht sich der Freistaat Bayern zu eigen. Bei seinen Aktivitäten werden diese Ziele berücksichtigt.

2. Ziele

Ziel der Eine Welt-Politik des Freistaates Bayern ist es, im Rahmen seiner Möglichkeiten weltweit einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit, zu einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung sowie zur Völkerverständigung zu leisten. Die Lebensbedingungen der Menschen in den Partnerländern sollen verbessert und gute Regierungsführung gestärkt werden. Dazu gehören im Besonderen die Einhaltung anerkannter Sozial- und Umweltstandards und das Verbot von Benachteiligungen aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion, Weltanschauung und Alter. Ferner sollen alle Prinzipien der guten Regierungsführung, insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden.

Im Inland zielt der Freistaat Bayern darauf ab, ein besseres Verständnis der Bevölkerung für Probleme der Partnerländer zu erreichen, Globales Lernen in Bayern entsprechend zu fördern, die globalen Zusammenhänge und gegenseitigen Abhängigkeiten zu verdeutlichen, eigene Politik auf ihre Auswirkungen auf andere Staaten hin zu überprüfen, im eigenen Handeln eine Vorbildfunktion einzunehmen und zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

3. Prinzipien

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit richtet der Freistaat Bayern an folgenden Prinzipien aus:

Nachhaltigkeit:

Der Freistaat Bayern legt bei allen seinen Maßnahmen die Einhaltung hoher sozialer, ökologischer und ökonomischer Mindeststandards an.

Eigenverantwortung fördern:

Die Partnerländer bestimmen selbst die Richtung ihrer Entwicklung, gehen die Suche nach eigenen Problemlösungen aktiv an und engagieren sich entsprechend bei der Umsetzung von Maßnahmen der Eine Welt-Arbeit.

Transparenz:

Die Eine Welt-Politik Bayerns basiert auf transparenten Entscheidungen und Strukturen.

Partnerschaft auf Augenhöhe:

Die Zusammenarbeit erfolgt in partnerschaftlicher Weise und gegenseitigem Lernen.

Hilfe zur Selbsthilfe:

Die Eine Welt-Politik gibt gezielte Anstöße dazu, dass Menschen und Institutionen aus den kooperierenden Ländern mit den gewonnenen Kenntnissen, Fertigkeiten, Fähigkeiten und Errungenschaften aus eigener Kraft weitere Schritte in Richtung einer Verbesserung ihrer Situation gehen können.

Subsidiarität:

Eine Welt-Politik erfolgt subsidiär und komplementär zu den Eigenanstrengungen der Regierungen und Menschen in den Partnerländern sowie zu den zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Aktivitäten in Bayern. Staatliches Handeln soll grundsätzlich dann unterbleiben, wenn private Initiativen, gesellschaftliche Gruppen und Verbände in der Sache Besseres leisten können.

Kohärenz:

Eine Welt-Politik ist Querschnittsaufgabe. Eine Welt-Politik des Freistaates wird nicht durch andere Politikbereiche des Freistaates Bayern konterkariert.

4. Handlungsfelder

Der Freistaat Bayern konzentriert sich in seiner Zusammenarbeit mit Partnerländern auf die Themen, zu denen das spezifische Wissen und die fachlichen Kompetenzen der verschiedenen Akteure Bayerns bestmöglich nutzbar gemacht werden können. Vorrangig werden Maßnahmen in folgenden Handlungsfeldern unterstützt:

Partnerschaftsarbeit:

Die Pflege und Weiterentwicklung der Beziehungen zu den Partnerregionen des Freistaates Bayern spielen eine besondere Rolle, da hier bereits ein hohes gemeinsames Interesse an einer Zusammenarbeit besteht. Daneben haben sich enge Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen mit weiteren Ländern und Regionen entwickelt, die ebenfalls in die Eine Welt-Arbeit eingebunden sind. Soweit entsprechender Be-

darf besteht, eine Zusammenarbeit im Interesse Bayerns ist und aus der Zusammenarbeit positive Wirkungen für beide Seiten zu erwarten sind, ist der Einbezug weiterer Länder möglich.

Der Freistaat Bayern unterstützt Partnerschaften unterschiedlichster Akteure in Bayern (Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Hochschulen, Kirchengemeinden, Vereinigungen der Wirtschaft, etc.) mit ihren Partnerinstitutionen. Dort wo sich Menschen begegnen, entsteht Verständnis für unterschiedliche Kulturen und Lebensformen und wachsen langfristige Beziehungen. Partnerschaftsarbeit wird in besonderem Maße mit Akteuren in den bayerischen Partnerregionen gefördert.

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit:

Zunehmende Internationalisierung und Globalisierung wirken ambivalent auf die Gesellschaften in aller Welt. Diese Veränderungen nicht nur als Risiko zu betrachten, sondern auch als Chance zu begreifen, die Entwicklungen nicht bloß passiv hinzunehmen, sondern sie aktiv mit zu gestalten, erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit deren Ursachen und Zusammenhängen. Durch entsprechende Bildung und Wissensvermittlung werden sich die Menschen ihrer eigenen Identität bewusst, können für interkulturelle Verständigung eintreten und Mitverantwortung in der Weltgesellschaft tragen. Die Menschen können bei Entscheidungen besser abschätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen sowie das Leben in anderen Regionen der Welt auswirkt und damit einen konkreten Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Der Freistaat Bayern hält daher mit Blick auf die Kernkompetenzen der Länder die inländische entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit für einen besonders wichtigen Teil der Eine Welt-Politik. Sie erfolgt durch schulische und außerschulische Maßnahmen und berücksichtigt die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des „Globalen Lernens“. Der Freistaat Bayern arbeitet mit den in diesem Bereich tätigen Nichtregierungsorganisationen zusammen und unterstützt deren inländische Projektarbeit sowie insbesondere die in diesem Kontext sinnvolle Vernetzung der Eine Welt-Arbeit in Bayern.

Klimaschutz, Umwelt und Energie:

Mit seinen weitreichenden Auswirkungen stellt der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Menschheit dar. Seine unmittelbaren Folgen sind in fast allen Ländern spürbar, betreffen aber die Partnerländer besonders hart durch immer häufiger auftretende Naturkatastrophen und schwindende natürliche Ressourcen.

Weltweit leben heute etwa 1,5 Mrd. Menschen ohne Zugang zu einer modernen Energieversorgung. Dies erschwert es, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Um angesichts des Klimawandels und der begrenzten Vorräte an fossilen Energieträgern die wirtschaftliche Entwicklung in den ärmeren Ländern voranzubringen und auch damit einhergehende Fluchtursachen zu bekämpfen, müssen nachhaltige Lösungen gefördert werden. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der effizienten Nutzung von Energie gibt es hier gute Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung.

Insbesondere in städtischen Ballungsräumen ist nachhaltiges Abwasser- und Abfallmanagement ein Thema, das eng mit der Wirtschaft und zudem mit Aspekten des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie der Energiegewinnung verknüpft ist. Aber auch die in vielen Regionen auftretende Knappheit von Wasser erfordert ein effektives Wassermanagement und moderne Technologien der Wasseraufbereitung.

Der Freistaat Bayern bietet Partnerländern an, sich im Bereich Klimaschutz, Umwelt und Energie mit den deutschen und bayerischen Rahmenbedingungen vertraut zu machen und den aktuellen Stand der Technologien kennen zu lernen. Bayern will im Bereich Klimaschutz, Umwelt und Energie selbst Vorreiter werden.

Gute Regierungsführung, Politik- und Institutionenberatung:

Die Regierungen in Partnerländern stehen vor der großen Aufgabe, auf vielfältige Herausforderungen und Veränderungen von außen und innen angemessen reagieren zu müssen. Die Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen für eine soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung sowie der verantwortungsvolle Umgang des Staates mit politischer Macht und öffentlichen Ressourcen gelten als eine der Grundbedingungen für die Erreichung der Millenniumsziele. Dazu benötigen die Regierungen leistungsfähige Institutionen.

Der Freistaat Bayern fördert deshalb alle Prinzipien der guten Regierungsführung, insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung sowie Politik- und Institutionenberatung auf unterschiedlichen Ebenen. Er unterstützt staatliche Akteure, Politikinhalte entsprechend zu gestalten und fördert die Partner bei der Umsetzung von Innovations-, Entwicklungs- und Reformprozessen zu verschiedenen Themen, die für die kooperierenden Länder von Relevanz sind.

Neben der Durchführung von Maßnahmen zum Informations- und Erfahrungsaustausch, zur Qualifizierung von Fachkräften und Entscheidungsträgern sowie der Anbahnung und Pflege von Kooperationen kann der Freistaat Bayern auch eigenes Personal für Aufgaben der Eine Welt-Arbeit entsenden oder dieses für solche Aufgaben freistellen.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung:

Nachhaltiges und breitenwirksames Wirtschaftswachstum ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die Armut weltweit zu reduzieren, die Millenniumsziele zu erreichen und den „Post-2015-Prozess“ zu gestalten. Partnerländer brauchen einen fairen internationalen Wettbewerb. Bayern bekennt sich diesbezüglich zur Sozialen Marktwirtschaft und fordert u.a.

den Abbau von Handelshemmnissen auf europäischer Ebene. So erhalten auch ärmere Bevölkerungsgruppen die Chance, ihre Einkommensarmut durch neu geschaffene Arbeitsplätze und Beschäftigung aus eigener Kraft zu überwinden. Bei seinem Engagement legt der Freistaat Bayern besonderen Wert auf die Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards.

Der Freistaat Bayern hält es für geboten, die Bedingungen für privatwirtschaftliches Engagement in den Partnerländern zu verbessern, um Investitionen auch mittelständischer bayerischer Unternehmen mit überschaubarem Risiko zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer engen Verknüpfung mit der Förderung außenwirtschaftlicher Beziehungen. Gezielter Wissens- und Technologietransfer trägt dazu bei, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Partnerländer und Regionen zu steigern. Der Aufbau fachlicher und methodischer Kompetenz dient der Fähigkeit der Menschen, im eigenen Kontext selbständig Lösungen zu aktuellen Problemstellungen erarbeiten zu können.

Die Förderung gemeinschaftlich organisierter Wirtschaftsstrukturen in den Partnerländern wird vom Freistaat Bayern unterstützt. Insbesondere soll der bisher vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Bayern getragene „Faire Handel“ ausgebaut sowie Produzenten, Strukturen und Handel in bzw. mit den Partnerländern entsprechend qualifiziert und gefördert werden.

Der Dialog über nachhaltige Entwicklung ist auch in Bayern zu fördern. Aufgrund der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung in Bayern kontinuierlich auszubauen. Der Freistaat Bayern achtet z.B. konsequent darauf, dass er selbst oder andere staatliche Institutionen keine Produkte einkauft, die mit „ausbeuterischer Kinderarbeit“ gemäß ILO-Konvention 182 hergestellt wurden. Dies gilt ebenso für staatliche Beteiligungen. Der Freistaat Bayern informiert die Kommunen, wie sie soziale und ökologische Kriterien stärker berücksichtigen können. In Kantinen staatlicher Einrichtungen sind Produkte aus Fairem Handel, ökologischer und regionaler Produktion zukünftig zu berücksichtigen.

Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit:

Forschung ist eine der Grundlagen, auf denen die Zukunft aufgebaut werden kann, da sie dazu dient, Lösungen für Probleme in diversen Themenfeldern und für unterschiedliche Anwendungsbereiche zu erarbeiten. Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovation ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung und zur Steigerung des Wohlstands, von dem auch die Menschen in Partnerländern profitieren.

Der Freistaat Bayern verstärkt den Prozess zur Internationalisierung seiner Hochschulen, indem er fremdsprachige Studiengänge fördert, durch Vergabe von Stipendien ausländischen Studieninteressierten insbesondere aus den bayerischen Partnerregionen eine akademische Ausbildung in Bayern ermöglicht, sie während ihres Aufenthalts in Bayern begleitet sowie Hochschul- und Wissenschaftskooperationen mit dem Ausland unterstützt. Die auf bestimmte Regionen spezialisierten Hochschulzentren übernehmen hierbei teilweise eine Brückenfunktion zwischen In- und Ausland und stellen auch geeignete Verbindungen mit der Wirtschaft und dem zivilgesellschaftlichen Dachverband der Eine Welt-Arbeit her.

Ernährungssouveränität –
Stärkung ländlicher Räume:

Die meisten Menschen in ländlichen Regionen ärmerer Länder leben von Subsistenzwirtschaft, erzielen kein Einkommen oder verdienen so wenig, dass sie ihre Familien nicht ausreichend versorgen können. Der Zugang zu Produktionsmitteln wie Boden, Wasser, Saatgut oder Krediten sowie zu entsprechenden Märkten ist nicht immer gesichert. Gleichwohl ist in einkommensschwachen Ländern die Landwirtschaft, von der ein großer Teil der Bevölkerung direkt abhängig ist, häufig der entwicklungsfähigste Sektor. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft können die wirtschaftliche Grundlage in ländlichen Gebieten jedoch langfristig nur sichern, wenn sie nachhaltig betrieben werden. Dazu sind ein standortangepasster, schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen und die Sicherung angestammter Landrechte erforderlich. Für den Erfolg landwirtschaftlicher Entwicklung essenziell ist zudem die Veränderung entsprechender internationaler Rahmenbedingungen wie es im Weltagrarbericht ausführlich beschrieben wird. Der Freistaat Bayern setzt sich insbesondere auch gegen „land grabbing“ und Nahrungsmittelspekulationen ein.

Durch Informations- und Erfahrungsaustausch sowie gezielte Qualifizierung und Beratung von Fachkräften aus Partnerländern leistet der Freistaat Bayern Hilfestellung.

Kultur, Migration und Entwicklung:

Ein harmonischer Umgang und das friedliche Zusammenleben von Menschen und Gruppen mit teils mehrfachen und vielfältigen kulturellen Identitäten verlangt in Zeiten von Internationalisierung und Globalisierung besondere Aufmerksamkeit. Verbunden mit dieser Herausforderung für die Weltgemeinschaft werden zugleich die Voraussetzungen für einen neuen Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen und Gesellschaften geschaffen. Kulturelle Vielfalt erweitert die Spielräume jedes Einzelnen und bildet damit eine der Grundlagen für Entwicklung in individueller und gesellschaftlicher Hinsicht. Sie ist Quelle von Kreativität und internationaler Solidarität und schafft ein Klima gegenseitigen Verstehens und Vertrauens.

Der Freistaat Bayern fördert den interkulturellen Austausch und berücksichtigt kulturelle Aspekte bei seiner Eine Welt-Politik. Die kulturelle Identität vor Ort wird geachtet. Auch der Ausbau und die Pflege der internationalen Kontakte der bayerischen Schulen und Hochschulen zählen dazu sowie die Reintegrationsunterstützung von Rückkehrern in ihr Heimatland.

Stadtentwicklung und Bauwesen:

Nach aktueller Schätzung leben weltweit mehr Menschen in Städten und Agglomerationsräumen als im ländlichen Raum. Insbesondere in den Partnerländern ist eine umweltgerechte und nachhaltige Stadtentwicklung ein zentrales Thema. Eine zukunftsorientierte und nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung umfasst zahlreiche Teilaspekte wie etwa Energieeffizienz, Klimaschutz, Versorgungsstrukturen und Mobilität, die nur in einem vernetzten und globalen Ansatz behandelt werden können.

Der Freistaat Bayern fördert daher die nachhaltige Stadtentwicklung in Partnerländern. Zu diesem Zweck bietet er Kooperationen und Wissenstransfer vor allem in den Bereichen des energieeffizienten Städtebaus, der Stadterneuerung, bei Hochbauprojekten sowie beim Ausbau einer nachhaltigen urbanen Mobilität und einer nachhaltigen Infrastruktur an. Gegenseitiger Erfahrungsaustausch soll bestehende Kooperationen von Behörden, Verbänden, Planungs- und Architekturbüros stärken und neue Partnerschaften ermöglichen.

Die im Kapitel 4 genannten „Handlungsfelder“ müssen einfließen in die Formulierung von Kriterien für die Projektauswahl.

5. Akteure und Koordination

Innerhalb der Staatsregierung erfolgt die Eine Welt-Politik nach dem Ressortprinzip, d.h. die Staatskanzlei und die Staatsministerien führen Maßnahmen im Rahmen ihrer fachlichen Kompetenzen, personellen Möglichkeiten und verfügbaren Haushaltsmittel in eigener Verantwortung durch.

Die Koordinierung auf der Ebene der Staatsregierung erfolgt durch die für die „Regionalen Beziehungen“ Bayerns bereits zuständige Staatskanzlei, die auch die Abstimmung mit anderen Bundesländern und dem Bund übernimmt.

Eine Welt-Engagement ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Daher begrüßt und fördert der Freistaat Bayern die engagierte Arbeit der zahlreichen privaten Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, der Kirchen, von Schulen, sonstigen Bildungsinstitutionen, Kommunen sowie der Wirtschaft. Eine besondere Rolle nehmen hierbei die bayerischen Eine Welt-Stationen ein.

Bayern erwartet von der Bundesregierung eine der Bedeutung Bayerns entsprechende dezentrale Durchführung von Bundesprogrammen in der Eine Welt-Politik in Bayern – u.a. beim bundesweiten „Promotorenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit“. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend sollen dabei möglichst zivilgesellschaftliche Akteure gegenüber staatlichen Durchführungsorganisationen bevorzugt werden.

Begründung:

Wichtige aktuelle und zukünftige politische Themenfelder sind besonders für Bayern die steigenden Flüchtlingszahlen, die wachsende Bedeutung des Klimawandels (auch in Zusammenhang mit der Energiewende) und ganz allgemein eine nachhaltige und behutsame globale Entwicklung. Hierfür bedarf es klar definierter Grundsätze und Handlungsrichtlinien. Die entwicklungspolitischen Leitsätze können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Die entwicklungspolitischen Leitsätze berühren nahezu alle Bereiche der Regierungstätigkeit und sollten aufgrund ihrer Tragweite vom Landtag beschlossen werden. Sie orientieren sich an den am 30. April 2013 von der Staatsregierung verabschiedeten Leitsätzen und wurden interfraktionell und in Zusammenarbeit mit der federführenden Staatskanzlei überarbeitet und an die aktuellen Gegebenheiten und Anforderungen angepasst.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 01.12.2015 **Drucksache 17/9945**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Michael Brückner,
Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU,
Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**8679**

Entwicklungspolitische Leitsätze des Landtags

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Mechthilde Wittmann**
Mitberichterstatterin: **Christine Kamm**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 1. Dezember 2015 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 17.02.2016 **Drucksache** 17/**10078**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Michael Brückner, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow, Judith Gerlach, Dr. Martin Huber, Alexander König, Dr. Franz Rieger, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU**,

Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Annette Karl, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias und **Fraktion (SPD)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**8679**, 17/**9945**

Entwicklungspolitische Leitsätze des Landtags

Der Landtag hat die nachfolgenden von den entwicklungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem Eine Welt-Netzwerk Bayern e.V. erarbeiteten „Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtags“ beschlossen:

Vorbemerkung

Die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung, ein verstärkter Klimaschutz und die wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen stellen auch den Freistaat Bayern vor große Herausforderungen. Diese können nur in gemeinsamen Anstrengungen bewältigt werden, an denen unter anderem Politik, Verwaltung, Kommunen, Schulen, Wirtschaft, Wissenschaft und die im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen kirchlichen und nichtkirchlichen Eine Welt-Akteure mitwirken.

Die folgenden entwicklungspolitischen Leitsätze bilden als Programmsätze den Orientierungs- und Werterahmen, an denen sich die bayerische Eine Welt-Politik orientiert. Sie können und sollen die politische Diskussion und das demokratische Ringen um – am Ende jeweils von Mehrheiten getragene – richtige Entscheidungen nicht vorwegnehmen. Aber sie machen deutlich, dass alle demokratischen Kräfte in Bayern Entwicklungspolitik auf einem gemeinsamen Wertefundament betreiben, auch wenn in der Tagespolitik unterschiedliche Positionen und Mehrheitsentscheidungen die Regel sind.

1. Grundsätzliches

Der Freistaat Bayern bekennt sich neben seiner Verantwortung gegenüber der eigenen Gesellschaft zu den Aufgaben, die er – gemeinschaftlich mit den anderen Akteuren der Eine Welt-Arbeit (hierzu gehören u.a. Kommunen, Schulen sowie die im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen kirchlichen und nichtkirchlichen Eine Welt-Akteure) – gegenüber der gesamten Welt zu erfüllen hat.

Die derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise in den Industrienationen bedarf eines grundsätzlichen Überdenkens hinsichtlich der Nachhaltigkeit. Die Folgen des Klimawandels werden immer deutlicher. Es bedarf eines grundlegenden Wandels hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, die zugleich ökologische Trag-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

fähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz anstrebt. Der Mensch steht dabei im Mittelpunkt.

Im Zuge der wachsenden Verflechtung von Regionen, Nationen und Kontinenten und ihrer zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit ist die Globalisierung zu einer zentralen Herausforderung unserer Zeit geworden. Es gilt, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht.

Um Partnerländer bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, die positiven Seiten der Globalisierung zu verstärken und deren Nachteile zu reduzieren, engagiert sich der Freistaat Bayern in der Eine Welt-Politik komplementär zu den Aktivitäten der Bundesregierung, der Europäischen Union, der internationalen Organisationen, der Kommunen und mit Blick auf die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Bayerische Eine Welt-Politik ist auch ein langfristiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Bayern beteiligt sich auf Grundlage der entwicklungspolitischen Leitlinien an der Gestaltung des „Post-2015-Prozesses“.

Den globalen Rahmen der bayerischen Politik bilden die Internationale Erklärung der Menschenrechte, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, das Leitziel einer weltweit nachhaltigen Entwicklung, die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen sowie die Erklärungen der Ministerpräsidenten zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder. Die Werte, auf deren Grundlage die Vereinten Nationen die Millenniumsziele verwirklichen wollen – Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz, Achtung vor der Natur, gemeinsam getragene Verantwortung – macht sich der Freistaat Bayern zu eigen. Bei seinen Aktivitäten werden diese Ziele berücksichtigt.

2. Ziele

Ziel der Eine Welt-Politik des Freistaates Bayern ist es, im Rahmen seiner Möglichkeiten weltweit einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit, zu einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung sowie zur Völkerverständigung zu leisten. Die Lebensbedingungen der Menschen in den Partnerländern sollen verbessert und gute Regierungsführung gestärkt werden. Dazu gehören im Besonderen die Einhaltung anerkannter Sozial- und Umweltstandards und das Verbot von Benachteiligungen aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion, Weltanschauung und Alter. Ferner sollen alle Prinzipien der guten Regierungsführung, insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden.

Im Inland zielt der Freistaat Bayern darauf ab, ein besseres Verständnis der Bevölkerung für Probleme der Partnerländer zu erreichen, „Globales Lernen“ in Bayern entsprechend zu fördern, die globalen Zusammenhänge und gegenseitigen Abhängigkeiten zu verdeutlichen, eigene Politik auf ihre Auswirkungen auf andere Staaten hin zu überprüfen, im eigenen Handeln eine Vorbildfunktion einzunehmen und zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

3. Prinzipien

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit richtet der Freistaat Bayern an folgenden Prinzipien aus:

Nachhaltigkeit:

Der Freistaat Bayern legt bei allen seinen Maßnahmen die Einhaltung hoher sozialer, ökologischer und ökonomischer Mindeststandards an.

Eigenverantwortung fördern:

Die Partnerländer bestimmen selbst die Richtung ihrer Entwicklung, gehen die Suche nach eigenen Problemlösungen aktiv an und engagieren sich entsprechend bei der Umsetzung von Maßnahmen der Eine Welt-Arbeit.

Transparenz:

Die Eine Welt-Politik Bayerns basiert auf transparenten Entscheidungen und Strukturen.

Partnerschaft auf Augenhöhe:

Die Zusammenarbeit erfolgt in partnerschaftlicher Weise und gegenseitigem Lernen.

Hilfe zur Selbsthilfe:

Die Eine Welt-Politik gibt gezielte Anstöße dazu, dass Menschen und Institutionen aus den kooperierenden Ländern mit den gewonnenen Kenntnissen, Fertigkeiten, Fähigkeiten und Errungenschaften aus eigener Kraft weitere Schritte in Richtung einer Verbesserung ihrer Situation gehen können.

Subsidiarität:

Eine Welt-Politik erfolgt subsidiär und komplementär zu den Eigenanstrengungen der Regierungen und Menschen in den Partnerländern sowie zu den zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Aktivitäten in Bayern. Staatliches Handeln soll grundsätzlich dann unterbleiben, wenn private Initiativen, gesellschaftliche Gruppen und Verbände in der Sache Besseres leisten können.

Kohärenz:

Eine Welt-Politik ist Querschnittsaufgabe. Eine Welt-Politik des Freistaates wird nicht durch andere Politikbereiche des Freistaates Bayern konterkariert.

4. Handlungsfelder

Der Freistaat Bayern konzentriert sich in seiner Zusammenarbeit mit Partnerländern auf die Themen, zu denen das spezifische Wissen und die fachlichen Kompetenzen der verschiedenen Akteure Bayerns bestmöglich nutzbar gemacht werden können. Vorrangig werden Maßnahmen in folgenden Handlungsfeldern unterstützt:

Partnerschaftsarbeit:

Die Pflege und Weiterentwicklung der Beziehungen zu den Partnerregionen des Freistaates Bayern spielen eine besondere Rolle, da hier bereits ein hohes gemeinsames Interesse an einer Zusammenarbeit besteht. Daneben haben sich enge Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen mit weiteren Ländern und Regionen entwickelt, die ebenfalls in die Eine Welt-Arbeit eingebunden sind. Soweit entsprechender Bedarf besteht, eine Zusammenarbeit im Interesse Bayerns ist und aus der Zusammenarbeit positive Wirkungen für beide Seiten zu erwarten sind, ist der Einbezug weiterer Länder möglich.

Der Freistaat Bayern unterstützt Partnerschaften unterschiedlichster Akteure in Bayern (Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Hochschulen, Kirchengemeinden, Vereinigungen der Wirtschaft, etc.) mit ihren Partnerinstitutionen. Dort wo sich Menschen begegnen, entsteht Verständnis für unterschiedliche Kulturen und Lebensformen und wachsen langfristige Beziehungen. Partnerschaftsarbeit wird in besonderem Maße mit Akteuren in den bayerischen Partnerregionen gefördert.

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit:

Zunehmende Internationalisierung und Globalisierung wirken ambivalent auf die Gesellschaften in aller Welt. Diese Veränderungen nicht nur als Risiko zu betrachten, sondern auch als Chance zu begreifen, die Entwicklungen nicht bloß passiv hinzunehmen, sondern sie aktiv mit zu gestalten, erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit deren Ursachen und Zusammenhängen. Durch entsprechende Bildung und Wissensvermittlung werden sich die Menschen ihrer eigenen Identität bewusst, können für interkulturelle Verständigung eintreten und Mitverantwortung in der Weltgesellschaft tragen. Die Menschen können bei Entscheidungen besser abschätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen sowie das Leben in anderen Regionen der Welt auswirkt und damit einen konkreten Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Der Freistaat Bayern hält daher mit Blick auf die Kernkompetenzen der Länder die inländische entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit für einen besonders wichtigen Teil der Eine Welt-Politik. Sie erfolgt durch schulische und außerschulische Maßnahmen und berücksichtigt die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des „Globalen Lernens“. Der Freistaat Bayern arbeitet mit den in diesem Bereich tätigen Nichtregierungsorganisationen zusammen und unterstützt deren inländische Projektarbeit sowie insbesondere die in diesem Kontext sinnvolle Vernetzung der Eine Welt-Arbeit in Bayern.

Klimaschutz, Umwelt und Energie:

Mit seinen weitreichenden Auswirkungen stellt der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Menschheit dar. Seine unmittelbaren Folgen sind in fast allen Ländern spürbar, betreffen aber die Partnerländer besonders hart durch immer häufiger auftretende Naturkatastrophen und schwindende natürliche Ressourcen.

Weltweit leben heute etwa 1,5 Mrd. Menschen ohne Zugang zu einer modernen Energieversorgung. Dies erschwert es, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Um angesichts des Klimawandels und der begrenzten Vorräte an fossilen Energieträgern die wirtschaftliche Entwicklung in den ärmeren Ländern voranzubringen und auch damit einhergehende Fluchtursachen zu bekämpfen, müssen nachhaltige Lösungen gefördert werden. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der effizienten Nutzung von Energie gibt es hier gute Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung.

Insbesondere in städtischen Ballungsräumen ist nachhaltiges Abwasser- und Abfallmanagement ein Thema, das eng mit der Wirtschaft und zudem mit Aspekten des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie der Energiegewinnung verknüpft ist. Aber auch die in vielen Regionen auftretende Knappheit von Wasser erfordert ein effektives Wassermanagement und moderne Technologien der Wasseraufbereitung.

Der Freistaat Bayern bietet Partnerländern an, sich im Bereich Klimaschutz, Umwelt und Energie mit den deutschen und bayerischen Rahmenbedingungen vertraut zu machen und den aktuellen Stand der Technologien kennen zu lernen. Bayern will im Bereich Klimaschutz, Umwelt und Energie selbst Vorreiter werden.

Gute Regierungsführung, Politik- und Institutionenberatung:

Die Regierungen in Partnerländern stehen vor der großen Aufgabe, auf vielfältige Herausforderungen und Veränderungen von außen und innen angemessen reagieren zu müssen. Die Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen für eine soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung sowie der verantwortungsvolle Umgang des Staates mit politischer Macht und öffentlichen Ressourcen gelten als eine der Grundbedingungen für die Erreichung der Millenniumsziele. Dazu benötigen die Regierungen leistungsfähige Institutionen.

Der Freistaat Bayern fördert deshalb alle Prinzipien der guten Regierungsführung, insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung sowie Politik- und Institutionenberatung auf unterschiedlichen Ebenen. Er unterstützt staatliche Akteure, Politikinhalte entsprechend zu gestalten, und fördert die Partner bei der Umsetzung von Innovations-, Entwicklungs- und Reformprozessen zu verschiedenen Themen, die für die kooperierenden Länder von Relevanz sind.

Neben der Durchführung von Maßnahmen zum Informations- und Erfahrungsaustausch, zur Qualifizierung von Fachkräften und Entscheidungsträgern sowie der Anbahnung und Pflege von Kooperationen kann der Freistaat Bayern auch eigenes Personal für Aufgaben der Eine Welt-Arbeit entsenden oder dieses für solche Aufgaben freistellen.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung:

Nachhaltiges und breitenwirksames Wirtschaftswachstum ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die Armut weltweit zu reduzieren, die Millenniumsziele zu erreichen und den „Post-2015-Prozess“ zu gestalten. Partnerländer brauchen einen fairen internationalen Wettbewerb. Bayern bekennt sich diesbezüglich zur Sozialen Marktwirtschaft und fordert u.a. den Abbau von Handelshemmnissen auf europäischer Ebene. So erhalten auch ärmere Bevölkerungsgruppen die Chance, ihre Einkommensarmut durch neu geschaffene Arbeitsplätze und Beschäftigung aus eigener Kraft zu überwinden. Bei seinem Engagement legt der Freistaat Bayern besonderen Wert auf die Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards.

Der Freistaat Bayern hält es für geboten, die Bedingungen für privatwirtschaftliches Engagement in den Partnerländern zu verbessern, um Investitionen auch mittelständischer bayerischer Unternehmen mit überschaubarem Risiko zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer engen Verknüpfung mit der Förderung außenwirtschaftlicher Beziehungen. Gezielter Wissens- und Technologietransfer trägt dazu bei, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Partnerländer und Regionen zu steigern. Der Aufbau fachlicher und methodischer Kompetenz dient der Fähigkeit der Menschen, im eigenen Kontext selbständig Lösungen zu aktuellen Problemstellungen erarbeiten zu können.

Die Förderung gemeinschaftlich organisierter Wirtschaftsstrukturen in den Partnerländern wird vom Freistaat Bayern unterstützt. Insbesondere soll der bisher vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Bayern getragene „Faire Handel“ ausgebaut sowie Produzenten, Strukturen und Handel in bzw. mit den Partnerländern entsprechend qualifiziert und gefördert werden.

Der Dialog über nachhaltige Entwicklung ist auch in Bayern zu fördern. Aufgrund der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung in Bayern kontinuierlich auszubauen. Der Freistaat Bayern achtet z.B. konsequent darauf, dass er selbst oder andere staatliche Institutionen keine Produkte einkauft, die mit „ausbeuterischer Kinderarbeit“ gemäß ILO-Konvention 182 hergestellt wurden. Dies gilt ebenso für staatliche Beteiligungen. Der Freistaat Bayern informiert die Kommunen, wie sie soziale und ökologische Kriterien stärker berücksichtigen können. In Kantinen staatlicher Einrichtungen sind Produkte aus „Fairem Handel“, ökologischer und regionaler Produktion zukünftig zu berücksichtigen.

Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit:

Forschung ist eine der Grundlagen, auf denen die Zukunft aufgebaut werden kann, da sie dazu dient, Lösungen für Probleme in diversen Themenfeldern und für unterschiedliche Anwendungsbereiche zu erarbeiten. Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovation ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung und zur Steigerung des Wohlstands, von dem auch die Menschen in Partnerländern profitieren.

Der Freistaat Bayern verstärkt den Prozess zur Internationalisierung seiner Hochschulen, indem er fremdsprachige Studiengänge fördert, durch Vergabe von Stipendien ausländischen Studieninteressierten insbesondere aus den bayerischen Partnerregionen eine akademische Ausbildung in Bayern ermöglicht, sie während ihres Aufenthalts in Bayern begleitet sowie Hochschul- und Wissenschaftskooperationen mit dem Ausland unterstützt. Die auf bestimmte Regionen spezialisierten Hochschulzentren übernehmen hierbei teilweise eine Brückenfunktion zwischen In- und Ausland und stellen auch geeignete Verbindungen mit der Wirtschaft und dem zivilgesellschaftlichen Dachverband der Eine Welt-Arbeit her.

Ernährungssouveränität –
Stärkung ländlicher Räume:

Die meisten Menschen in ländlichen Regionen ärmerer Länder leben von Subsistenzwirtschaft, erzielen kein Einkommen oder verdienen so wenig, dass sie ihre Familien nicht ausreichend versorgen können. Der Zugang zu Produktionsmitteln wie Boden, Wasser, Saatgut oder Krediten sowie zu entsprechenden Märkten ist nicht immer gesichert. Gleichwohl ist in einkommensschwachen Ländern die Landwirtschaft, von der ein großer Teil der Bevölkerung direkt abhängig ist, häufig der entwicklungsfähigste Sektor. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft können die wirtschaftliche Grundlage in ländlichen Gebieten jedoch langfristig nur sichern, wenn sie nachhaltig betrieben werden. Dazu sind ein standortangepasster, schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen und die Sicherung angestammter Landrechte erforderlich. Für den Erfolg landwirtschaftlicher Entwicklung essenziell ist zudem die Veränderung entsprechender internationaler Rahmenbedingungen wie es im Weltagrarbericht ausführlich beschrieben wird. Der Freistaat Bayern setzt sich insbesondere auch gegen „land grabbing“ und Nahrungsmittelspekulationen ein.

Durch Informations- und Erfahrungsaustausch sowie gezielte Qualifizierung und Beratung von Fachkräften aus Partnerländern leistet der Freistaat Bayern Hilfestellung.

Kultur, Migration und Entwicklung:

Ein harmonischer Umgang und das friedliche Zusammenleben von Menschen und Gruppen mit teils mehrfachen und vielfältigen kulturellen Identitäten verlangt in Zeiten von Internationalisierung und Globalisierung besondere Aufmerksamkeit. Verbunden mit dieser Herausforderung für die Weltgemeinschaft werden zugleich die Voraussetzungen für einen neuen Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen und Gesellschaften geschaffen. Kulturelle Vielfalt erweitert die Spielräume jedes Einzelnen und bildet damit eine der Grundlagen für Entwicklung in individueller und gesellschaftlicher Hinsicht. Sie ist Quelle von Kreativität und

internationaler Solidarität und schafft ein Klima gegenseitigen Verstehens und Vertrauens.

Der Freistaat Bayern fördert den interkulturellen Austausch und berücksichtigt kulturelle Aspekte bei seiner Eine Welt-Politik. Die kulturelle Identität vor Ort wird geachtet. Auch der Ausbau und die Pflege der internationalen Kontakte der bayerischen Schulen und Hochschulen zählen dazu sowie die Reintegrationsunterstützung von Rückkehrern in ihr Heimatland.

Stadtentwicklung und Bauwesen:

Nach aktueller Schätzung leben weltweit mehr Menschen in Städten und Agglomerationsräumen als im ländlichen Raum. Insbesondere in den Partnerländern ist eine umweltgerechte und nachhaltige Stadtentwicklung ein zentrales Thema. Eine zukunftsorientierte und nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung umfasst zahlreiche Teilaspekte wie etwa Energieeffizienz, Klimaschutz, Versorgungsstrukturen und Mobilität, die nur in einem vernetzten und globalen Ansatz behandelt werden können.

Der Freistaat Bayern fördert daher die nachhaltige Stadtentwicklung in Partnerländern. Zu diesem Zweck bietet er Kooperationen und Wissenstransfer vor allem in den Bereichen des energieeffizienten Städtebaus, der Stadterneuerung, bei Hochbauprojekten sowie beim Ausbau einer nachhaltigen urbanen Mobilität und einer nachhaltigen Infrastruktur an. Gegenseitiger Erfahrungsaustausch soll bestehende Kooperationen von Behörden, Verbänden, Planungs- und Architekturbüros stärken und neue Partnerschaften ermöglichen.

Die im Kapitel 4 genannten „Handlungsfelder“ müssen einfließen in die Formulierung von Kriterien für die Projektauswahl.

5. Akteure und Koordination

Innerhalb der Staatsregierung erfolgt die Eine Welt-Politik nach dem Ressortprinzip, d.h. die Staatskanzlei und die Staatsministerien führen Maßnahmen im Rahmen ihrer fachlichen Kompetenzen, personellen Möglichkeiten und verfügbaren Haushaltsmittel in eigener Verantwortung durch.Die Koordinierung auf der Ebene der Staatsregierung erfolgt durch die für die „Regionalen Beziehungen“ Bayerns bereits zuständige Staatskanzlei, die auch die Abstimmung mit anderen Bundesländern und dem Bund übernimmt.

Eine Welt-Engagement ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Daher begrüßt und fördert der Freistaat Bayern die engagierte Arbeit der zahlreichen privaten Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, der Kirchen, von Schulen, sonstigen Bildungsinstitutionen, Kommunen sowie der Wirtschaft. Eine besondere Rolle nehmen hierbei die bayerischen Eine Welt-Stationen ein.

Bayern erwartet von der Bundesregierung eine der Bedeutung Bayerns entsprechende dezentrale Durchführung von Bundesprogrammen in der Eine Welt-Politik in Bayern – u.a. beim bundesweiten „Promotorenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit“. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend sollen dabei möglichst zivilgesellschaftliche Akteure gegenüber staatlichen Durchführungsorganisationen bevorzugt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Michael Brückner
Abg. Kathi Petersen
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn
Abg. Christine Kamm
Staatsministerin Dr. Beate Merk

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten

Michael Brückner, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u. a. (CSU),

Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entwicklungspolitische Leitsätze des Landtags (Drs. 17/8679)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt 24 Minuten. Der erste Redner ist Herr Kollege Brückner.

Michael Brückner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute ist es endlich soweit: Wir können die entwicklungspolitischen Leitsätze des Bayerischen Landtags verabschieden. Die entwicklungspolitischen Leitsätze haben eine lange Geschichte. In der letzten Legislaturperiode gab es bereits eine Übereinkunft zwischen den Fraktionen, entwicklungspolitische Leitsätze als Leitsätze des Landtags zu verabschieden. Die CSU war damals durch eine Koalition leider ein Stück weit gebunden; deshalb wurden daraus entwicklungspolitische Leitsätze der Staatsregierung. Wir haben beschlossen, die Verabschiedung entwicklungspolitischer Leitsätze überfraktionell nachzuholen. Im Landtag wird es heute eine breite Mehrheit für diese entwicklungspolitischen Leitsätze geben.

Meine Damen und Herren, diese Leitsätze sind zwar in einem interfraktionellen Antrag niedergelegt worden, wir werden aber heute an den Stellungnahmen sehen, dass es bei der Auslegung immer wieder unterschiedliche Meinungen geben wird. Für die CSU-Fraktion ist es ganz wichtig, dass die entwicklungspolitischen Leitsätze als Entscheidungshilfe in einer durch die Globalisierung und durch Wechselwirkungen immer unübersichtlicher werdenden Gemengelage angesehen werden. Diese Leitsätze sind

kein Instrument zur Einengung demokratischer Entscheidungsprozesse. Wir werden diese Leitsätze sehr wohl zu Rate ziehen. Dadurch können aber nicht irgendwelche Entscheidungen vorweggenommen werden.

Für uns alle ist die Feststellung wichtig, dass die Entwicklungspolitik ein Politikfeld ist, das in den letzten Jahren in seiner Wichtigkeit stark unterschätzt wurde. Teilweise war es schwierig, der Bevölkerung beizubringen, warum nicht mehr Geld für die Entwicklungspolitik ausgegeben wurde. Die großen Flüchtlingsströme haben uns die Folgen dieser verfehlten Entwicklungspolitik ganz klar vor Augen geführt. Heute werden wir oft gefragt, warum wir damals nicht anders gehandelt hätten. Entwicklungspolitik bedeutet nicht nur, in Ländern der Dritten Welt Brunnen zu graben oder Schulen zu bauen. Entwicklungspolitik ist heute viel mehr. Der Wiederaufbau von Ländern nach Naturkatastrophen, Krisen oder Kriegssituationen ist sehr stark im Fokus. Ein weiterer Fokus liegt darauf, Katastrophen bereits im Vorfeld zu verhindern und den Ländern zu helfen, sich besser gegen solche Katastrophen zur Wehr zu setzen.

Wichtig ist aber auch die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Gute Wirtschaftsbeziehungen und die Berücksichtigung der Leitsätze gereichen beiden Parteien zum Vorteil. Dabei ist aber die Einbindung der NGOs vor Ort von Bedeutung. Die Einbindung der NGOs ist nicht gerade unser Leib- und Magen-Thema. Wir müssen aber sehen, dass das Kapital in diesen Ländern auf keinen Widerstand trifft. Wenn jemand genügend Kapital bringt, stehen ihm Türen und Tore offen. Deshalb ist es sehr wichtig, eigene NGOs vor Ort zu haben, die klar die Grenzen dieses Kapitals aufzeigen. Die NGOs haben die Aufgabe, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Die Investitionen dürfen nicht irgendwo verpuffen.

Bayern allein kann nicht die Welt retten. Die Entwicklungspolitik ist zunächst einmal keine staatliche Aufgabe, sondern eine Aufgabe des Bundes. Wir können aber trotzdem in Form einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit tätig werden und tun dies auch. Diese Partnerschaften mit einzelnen Regionen müssen wir ständig überprüfen. Ich hoffe, dass diese Partnerschaften über kurz oder lang ausgebaut werden können.

Wir müssen aber dazu kommen, Entwicklungspolitik ideologiefrei zu betrachten. Bio oder Fair Trade können die Welt im Alleingang nicht retten. Sie sind lediglich wichtige Bestandteile. Sie sind aber nicht alles. Auch eine sozialistisch oder kommunistisch angehauchte Gleichmacherei würde ins Nichts führen. Wenn alle gleich arm sind, ist das zwar auch eine Form der Gerechtigkeit, aber mehr auch nicht.

Eine Gleichstellung der Standards, nach denen wir leben, können wir diesen Ländern nicht aufdrücken. Davor sollten wir uns auch hüten. Meine Damen und Herren, die Entwicklungspolitik ist auch für die Bekämpfung der Fluchtursachen wichtig. Wir müssen deshalb eine gute Regierungsführung unterstützen. Ich meine damit die Förderung und Unterstützung demokratischer Entscheidungsprozesse sowie die Unterstützung oppositionellen politischen Handelns. Wichtige Aspekte sind dabei eine Politik- und Institutionenberatung sowie der partnerschaftliche Austausch zwischen den Regierungen. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen ist aber auch die Stabilisierung der Regionen durch Wirtschaftsbeziehungen wichtig, wie wir sie mit unseren Partnerregionen pflegen.

Bei der Entwicklungspolitik muss die Bevölkerung vor Ort mitgenommen werden. Ich kann hier aus eigener Erfahrung berichten: Ich war auf einer Delegationsreise nach Western Cape Südafrika dabei und musste feststellen, dass die NGOs, die bei uns häufig das Wort erheben und sagen, dass Zäune abgebaut und keine Mauern errichtet werden dürften, sich bei Entwicklungsprojekten hinter Zäunen und Mauern verstecken. Das hat mir sehr zu denken gegeben. Wir müssen aufpassen, dass wir bei den Maßnahmen das Volk mitnehmen und dass wir unsere Entwicklungsmaßnahmen mit dem Volk zusammen durchführen.

Meine Damen und Herren, der Lösungsansatz ist die Bereitschaft, die entwicklungspolitischen Leitsätze bei künftigen Entscheidungen zu berücksichtigen, diese aber nicht als Bibel zu betrachten, sondern als Hilfestellung zur Entscheidungsfindung. Entscheidend ist aber auch die Bereitschaft, unseren Lebensstil ein Stück weit zu hinterfragen. Nachhaltigkeit ist inzwischen ein breit anerkanntes gesellschaftliches Ziel und ent-

spricht den Grundwerten der CSU zur Wahrung der Schöpfung.Die Bereitschaft, auf interkultureller und interreligiöser Ebene partnerschaftlich auf Augenhöhe zu sprechen und zu handeln, ist ein Aspekt, den wir hier nicht immer in geeignetem Maße beachten. Nur weil wir ein vermeintlich besseres Leben führen, sind wir noch lange nicht in die besseren Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Petersen.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Es ströme aber das Recht wie Wasser …". Unter diesem Motto steht die diesjährige Fastenaktion des kirchlichen Hilfswerks Misereor. Das Motto ist keine Erfindung eines PR-Experten, sondern ein Wort aus der Bibel, genauer gesagt des Propheten Amos, der im achten Jahrhundert vor Christus gelebt hat. Damals gab es in Israel eine große Diskrepanz zwischen einer reichen Oberschicht und zahlreichen Armen. In dieser Situation erfolgt die klare Ansage: "Es ströme aber das Recht wie Wasser …".

Und wie ist es heute? Die Oxfam-Studie hat kürzlich festgestellt, dass die 62 reichsten Menschen auf dieser Welt genauso viel besitzen wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Perspektivlosigkeit. Die meisten von ihnen fanden und finden Zuflucht in den oft armen Nachbarländern. Nur ein geringer Prozentsatz wagt den beschwerlichen und lebensgefährlichen Weg nach Europa.

Wie reagiert das reiche Europa? – Lange Zeit haben wir weggeschaut. Die Not war weit entfernt. Jetzt regiert Abwehr statt solidarischer Hilfe. Es wird über Quoten gestritten. Zäune und Mauern werden gebaut. Nationalismus und Rassismus machen sich breit. Diese Reaktion ist nicht nur inhuman und unchristlich, sondern auch unvernünftig. Das Problem sind nämlich nicht die Menschen, die fliehen, sondern die Verhältnis-

se, vor denen sie flüchten. Dafür gibt es keine schnellen Lösungen. Nur die Bekämpfung der Fluchtursachen hilft.

Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Eine-Welt-Politik, die nun verstärkt in den Blick gerät und die auch der Freistaat Bayern als seine politische Aufgabe versteht. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Kollegin und den Kollegen aus den anderen Fraktionen sowie beim Eine-Welt-Netzwerk Bayern, dass wir heute gemeinsam entwicklungspolitische Leitlinien beschließen können.

Zur Genese hat der Kollege Brückner schon einiges gesagt. Wir sind uns darin einig, dass wir zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit beitragen und eine nachhaltige Entwicklung fördern wollen. Zusätzlich zu den bisherigen haben wir uns auf die Prinzipien Nachhaltigkeit, Transparenz, Partnerschaft auf Augenhöhe und Kohärenz verständigt. Die Handlungsfelder, die in den Leitlinien genannt werden, sind zwar nicht neu, aber die in den Blick gefassten Maßnahmen sind nun weniger auf die wirtschaftlichen Interessen Bayerns als auf die Bedürfnisse der Menschen in den Partnerländern ausgerichtet. Auf dieser gemeinsamen Basis sollte es möglich sein, die Arbeit der zahlreichen Eine-Welt-Gruppen in Bayern ausreichend finanziell zu unterstützen, die politische und globale Bildung zu stärken und eine Vorbildfunktion staatlicher Institutionen beim nachhaltigen Einkauf fair gehandelter Produkte einzunehmen.

Zur Bekämpfung von Fluchtursachen ist es auch sinnvoll, die Flüchtlingslager in und um Syrien jetzt finanziell zu unterstützen, um den Menschen dort ein besseres Leben und eine Perspektive zum Beispiel durch Schulbildung für die Kinder zu ermöglichen. Das erspart ihnen gefährliche Fluchtwege und schützt mittelfristig die leider immer weniger werdenden europäischen Länder, die zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit sind, vor Überforderung. Auch unter finanziellen Gesichtspunkten macht die Hilfe vor Ort Sinn, weil wir zum Beispiel – so Entwicklungshilfeminister Müller vor einigen Tagen – für den gleichen Betrag mindestens zehnmal so viele Menschen dort versorgen können, wie es hier möglich ist.

Entscheidend wird sein, dass wir die Eine-Welt-Politik als langfristige und als Querschnittsaufgabe begreifen und sie nicht durch Maßnahmen anderer Politikfelder konterkarieren. Welchen Sinn macht es, in Dürregebieten Brunnen zu bohren, wenn Nestlé und andere Firmen dort den Menschen gleichzeitig das Wasser abgraben? – Die Bayerische Verfassung bietet mit Artikel 151 eine Handhabe, Unternehmen auf ein am Gemeinwohl orientiertes globales Wirtschaften zu verpflichten. Also nicht wegschauen und nicht Almosen verteilen, sondern: "Es ströme aber das Recht wie Wasser …". Sorgen wir gemeinsam dafür, dass das bei uns und weltweit Realität wird!

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt kommt der Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist wirklich ein schöner Tag hier im Landtag, weil wir parteiübergreifend diesen Antrag verabschieden. Das muss man einfach einmal feststellen. Herr Brückner hat es anfangs schon erwähnt. Ich war schon in der letzten Legislaturperiode bei der Diskussion über dieses Thema dabei. Damals hat die Staatsregierung zwar die Leitsätze im Europaausschuss vorgestellt und auch den Verbänden zur Kenntnis gegeben. Dann hat sie aber doch das gemacht, was sie gewollt hat. Das war kein ordentliches parlamentarisches Verfahren.

Damals haben wir dieses Verfahren parteiübergreifend gerügt. Herrmann Imhof hat es schon im Jahr 2012 richtig formuliert – das stand auch groß in der "Süddeutschen Zeitung" – und gesagt: Das sind Positionen aus dem vorherigen Jahrhundert, diese Leitsätze haben keine lange Lebensdauer. Sie haben Recht. 2014 haben wir dieses Verfahren geändert. Natürlich war die Entwicklungspolitik damals schwierig, weil sie die FDP im Wirtschaftsministerium verankert haben wollte. Jetzt sind wir froh, dass sie der Staatskanzlei zugewiesen ist. Soviel zu Beginn. Die Leitlinien werden also nicht mehr in den Hinterzimmern der Ministerialbürokratie festgezurrt, sondern hier im Parlament,

im Bayerischen Landtag, und das ist für uns FREIE WÄHLER wichtig, weil wir jetzt hier vor Ort die Leitlinien ganz konkret verändern können.

Entwicklungszusammenarbeit – das muss ich hier sagen – muss aus Sicht der FREIEN WÄHLER unter anderem der Bekämpfung der Fluchtursachen dienen. Es geht aber nicht nur um Fluchtursachen, es geht auch um den Klimawandel. Wir wissen heute schon, dass deswegen in Zukunft über 200 Millionen Menschen auch noch zu uns kommen werden. Da müssen wir konkret dagegensteuern. Dazu ist auch der Bayerische Landtag insgesamt sehr wichtig. Auch wenn die Entwicklungspolitik Bundessache ist, können auch wir im Landtag einiges bewegen. Immerhin sind im Bayerischen Haushalt 2,3 Millionen vorgesehen. Wir können uns deshalb überlegen, diese Summe zu erhöhen.

Herr Brückner hat schon einiges gesagt, was ich auch unterstützen kann. Natürlich kann Fair Trade nicht die Welt verändern, aber es ist ein wichtiger Baustein für eine Politik von unten nach oben. Inzwischen gibt es in Bayern schon einige Landkreise, die sich Fair-Trade-Landkreise nennen. Ich nenne drei davon: Würzburg, Main-Spessart und Miltenberg.Wenn das alle Landkreise schaffen würden, dann kämen wir auch in der Bewusstseinsbildung in Bayern einen Schritt weiter. Ich glaube, das ist ganz wichtig.

Herr Brückner, Sie haben gesagt, das ist keine Bibel. Okay, das ist keine Bibel, für uns ist es aber eine wichtige Richtlinie für die Zukunft. Wir FREIEN WÄHLER schauen schon genau hin, was in unseren gemeinsamen Leitlinien steht. Wir werden dann sehen, inwieweit wir das auch umsetzen. Das ist ganz wichtig. Wir wollen das Ganze auch fortentwickeln, das müssen wir vielleicht sogar jedes Jahr tun. Wir haben auch gemerkt, dass nicht immer alles richtig ist, was drinsteht. Das betrifft beispielsweise die Ausbildung von Polizeihunden – das wurde gesteuert – oder die Bekämpfung von Fluchtursachen im Sudan oder in Somalia. In Brasilien hat die Staatsregierung beispielsweise ein Projekt unterstützt. Das ist ein Land, das immerhin imstande war, die letzte Fußballweltmeisterschaft auszurichten. So ein Land braucht nicht unbedingt fi-

nanzielle Mittel zu bekommen. Das können wir aber noch ändern. Wir wollen, dass die Mittel in Zukunft richtig verwendet werden und dass wir das in den Ausschüssen noch behandeln. Immerhin, im Nachtragshaushalt werden dafür schon zusätzliche Mittel bereitgestellt.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei den Vertretern der verschiedenen politischen Parteien bedanken, die in dem Arbeitskreis waren. Wir treffen uns relativ regelmäßig. Bei dieser Gelegenheit richte ich einen besonderen Dank an Herrn Dr. Fonari vom Eine-Welt-Netzwerk Bayern. Dieses Netzwerk verbindet die ganzen Eine-Welt-Gruppen, die es in Bayern gibt. Das ist ganz wichtig. Es ist auch wichtig, dass dieses Eine-Welt-Netzwerk erhalten bleibt, damit es weiterhin mit uns Aktivitäten macht, wie den Bayerischen Eine-Welt-Preis. Damit regt man auch die Gruppen vor Ort an, sich zu beteiligen.

Noch ein letztes Wort an unsere Ministerin. Vielleicht machen Sie auch einmal eine Regierungserklärung. Darauf hoffe ich eigentlich schon seit sieben Jahren. Eine Regierungserklärung zu diesem Thema wäre super; denn dann kämen wir einen Schritt weiter. Nochmals herzlichen Dank an alle Beteiligten. Ich glaube, in Zukunft, werden wir noch einen Schritt vorwärts kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon gehört, es steht nicht gut um das Schicksal vieler Menschen auf dieser Welt. Die existenzielle Not vieler Menschen wächst. Vieles davon hat auch seine Ursache in den politischen Entscheidungen in Europa, in Deutschland und auch hierzulande. Waffenexporte, verfehlte Energiepolitik, verfehlte Landwirtschaftspolitik, all das sind Ursachen der Probleme.

Der Bayerische Landtag hat in der Entwicklungspolitik, in der Frage der Verbesserung dieser Situation, zwar oft keine originäre Zuständigkeit, er kann dennoch einen Beitrag zur Lösung leisten. In der letzten Legislaturperiode haben sich daher die entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher darum bemüht, gemeinsame Leitsätze für entwicklungspolitische Aktivitäten zu formulieren, um so die damals festgestellte Unkoordiniertheit und Beliebigkeit unterschiedlichster Aktivitäten in anderen Ländern durch die unterschiedlichen Ministerien zu überwinden und zu helfen, diesen Aktivitäten in Zukunft eine klare Richtung zu geben. Das ist umso dringlicher, als unsere Handlungsmöglichkeiten in der Entwicklungspolitik sehr begrenzt sind. Deshalb ist es umso notwendiger, sich zu konzentrieren und gute Standards zu setzen, und diese auch einzuhalten.

Bei der Formulierung dieser Leitsätze danken wir auch dem Eine-Welt-Netzwerk Bayern und namentlich dessen Geschäftsführer Dr. Alexander Fonari für die kritische und konstruktive Zusammenarbeit. Wir freuen uns, dass das, was vor Jahren begonnen wurde, nun zu einem Abschluss kommt und der Bayerische Landtag damit entwicklungspolitische Leitsätze formuliert, um Qualitätsstandards zu setzen.

Tag für Tag zeigt sich die Notwendigkeit immer dringender. Wir sagen, zur Entwicklungspolitik gehören nicht nur Maßnahmen und Hilfen in den Zielländern, sondern eben auch Änderungen des Lebensstils hier. Dazu gehört die Änderung unseres Umgangs mit der Energie und den Ressourcen bei uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur wenn wir den Klimawandel stoppen, nur wenn wir der Nutzung der fossilen Energie ein Ende setzen, können wir verhindern, dass die Flüchtlingszahlen auf dieser Welt auf mehrere Hundert Millionen ansteigen. Wir sehen in den Grundsätzen des Fair Trade einen wichtigen Beitrag zu einer gerechteren Weltwirtschaft. Das steht im Gegensatz zu den Abkommen TTIP, CETA, und wie sie alle heißen. Entwicklungspolitische Informationsarbeit – ich erinnere an die Arbeit in den Schulen, aber auch an das

Promotorenprogramm und die Arbeit in den unterschiedlichen NGOs – muss auf einen nachhaltigen Lebensstil abzielen und auf gute Partnerschaftsarbeit. Sie muss sich an Good Governance, Rechtstaatlichkeit, nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und einer Stärkung der ländlichen Räume orientieren. Das muss einhergehen mit der Stärkung der Ernährungssouveränität vor Ort. Das ist besonders wichtig, gerade im Hinblick auf Afrika, wo immer mehr Menschen ihre Ernährungsgrundlagen entzogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für alle entwicklungspolitischen Aktivitäten müssen wichtige Grundsätze gelten, nämlich die Stärkung der Eigeninitiative, Transparenz, Partnerschaft auf Augenhöhe, Subsidiarität und Kohärenz mit anderen Politikfeldern des Freistaats. Wir haben nun Standards für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die nicht nur für die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatskanzlei und der Ministerien gelten sollen, sondern sie sollen auch Leitlinien für unsere eigenen Beschlüsse aufzeigen und für die Förderung engagierter Projekte der zahlreichen Eine-Welt-Initiativen. Klar definierte Grundsätze und Leitlinien sollen künftig mehr Orientierung und Richtung geben. Entwicklungspolitik ist eine wichtige Querschnittsaufgabe. Wir hoffen in Zukunft auf die stärkere Fokussierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in unserer politischen Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Staatsministerin Merk hat nun um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass dieser durchaus streitbare Tag nun doch relativ friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen abgeschlossen wird. Ich unterstütze, was meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben. Ich freue mich, dass die Arbeit an den Leitlinien, was Inhalt und Anspruch anbelangt, umfassend dargestellt wurde. Ich denke, es ist ein sehr wichtiger Beschluss, den wir heute fassen.

Die eine Welt beginnt vor deiner Tür – das ist die Botschaft der Zukunftscharta, und das ist auch unser Motto. Ich möchte aber noch weiter gehen: Eine Welt beginnt in unseren Wohnzimmern, in unseren Köpfen und in unseren Herzen. – Alle wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder haben. Wenn wir aber Verantwortung für die Generationen nach uns ansprechen, dann bedeutet das nicht nur die Generationen, die vor uns stehen. Es ist auch die Entwicklungsarbeit, es geht also auch um die Generationen in anderen, in fernen Ländern. Mit den Entwicklungspolitischen Leitsätzen beweisen wir, gemeinsam und über Fraktionsgrenzen hinweg, Verantwortung für unsere eine Welt. Wir zeigen, auch wenn der Bund Hauptakteur in der Entwicklungspolitik ist: Bayern stellt sich seiner Verantwortung.

Von meinen Reisen kann ich Ihnen nur sagen, dass unsere Hilfe gefragt ist. Ich stelle es immer wieder fest, ob ich mit Staatspräsidenten, mit Vertretern der NGOs, mit Vertretern der Hochschulen, der Kommunen oder auch mit Studenten spreche, sie alle betonen den besonderen Wert der regionalen Partnerschaft, weil das sehr viel persönlichere Partnerschaften sind und weil intensiv miteinander gearbeitet wird.Wir stehen gerne mit Erfahrung, Vorschlägen und Hilfen zur Seite, zum einen, weil es selbstverständlich ein Gebot der Solidarität und Nächstenliebe ist, zum anderen aber auch, weil es in unserem ureigenen Interesse ist, die Lebensbedingungen der Menschen in anderen Teilen der Welt zu verbessern, so gut wir das können.

Deswegen habe ich mich auch sehr gefreut, dass der Landtag für den Nachtragshaushalt 2016 zusätzlich 2,3 Millionen Euro zur Fluchtursachenbekämpfung bereitgestellt hat. Schaut man, wo es überall brennt und wo wir helfen können, dann sieht man, dass das ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein ist. Trotzdem können wir mit diesem Geld helfen, und manchmal bedarf es gerade vor Ort nicht viel, um Menschen das Leben ein wenig zu erleichtern und ihnen Perspektiven zu geben.

Wir haben lange überlegt und diskutiert, in welchen Ländern und für welche Projekte das Geld am besten angelegt ist; denn wenn man es wie mit einer Gießkanne über alle Brennpunkte hinweg verteilen würde, wäre das "kleckerlesweise" und hätte kaum

einen Effekt; wir würden das gar nicht spüren und die Menschen vor Ort auch nicht. Aus meiner Sicht ist es deswegen vernünftiger, thematische und geografische Schwerpunkte zu setzen. Damit können wir den Mitteleinsatz und die hoffentlich eintretenden Erfolge besser kontrollieren. Außerdem weiß ich, dass ich irgendwann einmal in diesem Haus gefragt werde, was ich denn mit dem Geld getan habe.

Wir wollen die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern und den Anrainerstaaten verbessern. Dabei setzen wir vorrangig auf Bildung und Gesundheit, weil das sehr nachhaltig ist. Deswegen werden wir zum einen in den Ländern helfen, die am meisten von der Flüchtlingswelle betroffen sind, den Anrainerstaaten Syriens wie Libanon und Jordanien. Im Libanon leben gerade einmal so viele Menschen wie in Berlin, dort wurden bisher 1,2 Millionen Menschen aus dem Nachbarland aufgenommen. In diesen Ländern werden wir vor allem die Bildung fördern. Die Menschen dort haben mir immer gesagt: In Syrien können unsere Kinder nicht in die Schule gehen; dann kommt man in den Libanon, und dann gibt es wieder keine Schulen. – Es ist wichtig, dass die jungen Leute dort eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben haben.

Ein anderer Schwerpunkt liegt in Tunesien, mit dem es schon jetzt eine enge Partnerschaft gibt. Tunesien ist leider das einzige Land, das es geschafft hat, die Dynamik des Arabischen Frühlings hin zu einer Demokratie umzusetzen. Es ist aber gerade diese Demokratie, die Attentäter herausfordert, wie diejenigen, die im letzten Jahr auf das Bardo-Museum oder den Strand von Sousse gezielt haben. Der Hoffnungsträger des Arabischen Frühlings darf nicht scheitern. Ein weiterer instabiler Staat in Nordafrika wäre eine Katastrophe für die ganze Region und ein Sicherheitsrisiko für Europa.

So werden wir beispielsweise mit einem dezentralen bayerischen Bürgerbüro in der Stadt Beja die kommunale Entwicklung fördern. Ich möchte in diesem Land noch weitere größere Projekte angehen, und zwar deswegen, weil seit Kurzem mit unserem ehemaligen Kollegen Franz Maget ein enger Freund und Partner in der Deutschen Botschaft in Tunis sitzt, der die bayerisch-tunesische Zusammenarbeit weiter voranbringen kann

(Beifall bei der SPD)

und der vor allen Dingen ein Auge darauf werfen wird, dass das von uns investierte Geld auch dort ankommt, wo es gebraucht wird. Auf dem kurzen Weg fragen zu können "Hat das Sinn?" und "Wo tun wir etwas?", finde ich hervorragend.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da bin ich gespannt!)

– Das dürfen Sie sein. Wir sind schon in gutem Kontakt.

Darüber hinaus werde ich ausleuchten, ob wir mit einem Staat oder mehreren weiteren afrikanischen Staaten Entwicklungspartnerschaften eingehen. Wichtig ist, dass die Verantwortlichen vor Ort bereit sind, verlässlich mit uns zusammenzuarbeiten, ob nun Bereitschaft besteht, muss man erst einmal herausbekommen. In diesem Sinn werden wir erste Gehversuche in Subsahara-Afrika in drei Staaten machen, die derzeit am stabilsten erscheinen: Togo, Kenia, vielleicht Ghana – Togo, weil wir hier eine bayerische Initiative mit Erfahrung haben, die Togohilfe Maisach.

Kenia hat mir zum Beispiel Ruth Paulig mit ihrem Wissen über die dortige Situation empfohlen. Dort wollen wir gemeinsam kleine, weniger kostenintensive Projekte auf den Weg bringen, vor allem zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung auf dem Land bzw. der dualen Ausbildung von Elektrikern und Solartechnikern. – Von der ghanaischen Regierung ist mir ein Frauenprojekt in Ghana ans Herz gelegt worden.

Das also ist für uns wichtig. Bei der Auswahl der Projektträger greifen wir auf die Expertise gemeinnütziger Ausführungsorganisationen, kirchlicher und weltlicher Akteure der Eine-Welt-Arbeit in Bayern zurück. Wir wägen den Einsatz der Mittel ab.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen allen. Besonders danke ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen Dr. Franz Rieger. Ich danke meinem Kollegen Michael Brückner, der sich intensiv um die Leitlinien mitbemüht hat, sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die konstruktiv zusammengearbeitet haben und

diskutieren. Dadurch ist die Fortentwicklung der entwicklungspolitischen Leitsätze der Staatsregierung von 2013 durch die Parlamentarier des Bayerischen Landtags parteiübergreifend möglich geworden.

Mein Dank gilt auch dem Eine-Welt-Netzwerk Bayern. Die Unterstützung war für uns sehr wichtig.

Ich möchte Ihnen abschließend sagen: Nachhaltig helfen, das können wir nur miteinander. Wir alle setzen ein Zeichen für Humanität, Solidarität und Gerechtigkeit. Ich freue mich sehr, wenn Sie heute diese Leitsätze absegnen und sie dann die Basis unseres weiteren Handelns sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Den letzten Satz unterstützen wir natürlich sehr. Sie haben vorher einige Ausführungen gemacht zu zukünftigen Partnerschaftsregionen in Nordafrika. Wir haben eine Zeitlang versucht, mit Tunesien eine solche Partnerschaftsarbeit aufzubauen. Die Leitsätze implizieren, dass wir sagen: Wir wollen uns konzentrieren und die Sache richtig und gut machen. Das schließt natürlich nicht aus, dass man unterschiedlichste Projekte in verschiedenen Ländern fördert. Eine entwicklungspolitische Partnerschaft und Zusammenarbeit können wir als Bayern, als Land, das originär keine entwicklungspolitische Zuständigkeit hat, sondern das praktisch nur über Partnerschaftsregionen handelt, nicht mit allzu vielen Ländern tatsächlich umsetzen. Darum würde ich Sie bitten, die Ideen zur Weiterentwicklung der Partnerschaftsregionen in Nordafrika zu erläutern, in welchen Ländern vorrangig Projekte gefördert werden sollen, in welchen Ländern tatsächlich eine Entwicklungspartnerschaft angestrebt wird.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): In Afrika, meinen Sie, Frau Kamm?

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben einige afrikanische Staaten genannt.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Tunesien ist für mich der wesentliche Punkt, weil wir da schon eine sehr gute Basis haben und weil wir wissen, dass wir mit der tunesischen Regierung, genauso wie mit allen Stiftungen der unterschiedlichen Parteien, den NGOs sehr gut zusammenarbeiten. Immer, wenn ich dort bin, habe ich mit denen Kontakt, und das zeigt auch, dass es sehr stabil ist. Das ist für uns wichtig.

Wie ich gesagt habe, bietet die Tatsache, dass Franz Maget in der Botschaft quasi jetzt unser Ansprechpartner vor Ort ist und weiß und sieht und fühlt und hört, wo etwas anzupacken ist, eine sehr gute Möglichkeit, dort noch mehr zu investieren. Deswegen habe ich auch einen Teil dieser 2,3 Millionen Euro noch nicht verplant, um noch Möglichkeiten zu haben.

Verplant sind aber schon Gelder für Togo und für Kenia, allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß; ich kann Ihnen die Zahlen dann noch sagen. Sie werden sehen, das ist deutlich geringer. Für Ghana haben wir noch gar nichts verplant, sondern da schauen wir gerade, was dieses Frauenprojekt bedeutet. Das heißt noch nicht, dass wir mit diesen drei Ländern Partnerschaften machen wollen. Ich habe gesagt, wir schauen uns die drei Länder einmal an, inwieweit überhaupt eine verlässliche und stabile Zusammenarbeit mit den Leuten vor Ort möglich ist – deswegen auch kleinere Projekte.

Wir sollten uns vielleicht auch noch in Subsahara-Afrika nach einer Partnerschaft umschauen, um auch dort, wo viele Flüchtlinge aufgenommen werden, die schon durch den Kontinent gereist sind, eine Hilfeleistung zu erbringen.

Das heißt aber nicht, dass wir deswegen Tunesien in irgendeiner Weise benachteiligen – ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt Zustimmung. Im Einvernehmen aller Fraktionen soll der Einleitungssatz folgende Fassung erhalten:

> Der Landtag hat die nachfolgenden von den entwicklungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem Eine-Welt-Netzwerk Bayern e.V. erarbeiteten "Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtages" beschlossen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist ohne Stimmenthaltung einstimmig angenommen. Vielen Dank.